

Nordrhein-Westfalen fordert Rentensubventionen, Bayern fordert Steuererleichterungen. Verliert der deutsche Föderalismus seine Vorbildländer und unsere Republik ihre Ecken und Kanten?

## Die Landschaft der Republik

Von Gerd Held

Die CSU war einmal eine staatstragende Partei im guten Sinne. In Bayern konnte man ein ansehnliches Staatswesen besichtigen, hier hatte der Staat Substanz und Farbe. Wenn der Rest der Republik mit heimlicher Bewunderung nach Bayern schaute, hatte er nicht allein die guten Zahlen bei Wirtschaft und Einkommen im Auge, sondern gut sichtbare Gemeingüter. In Bayern waren die Schulen intakt, die öffentlichen Verkehrsmittel sicher; die Ökologie wurde mehr respektiert als anderswo, die Forschungspolitik kam zu echter Exzellenz und es gab kulturelle Veranstaltungen für alle Schichten. Die Geborgenheit der bayrischen „Heimat“ beruhte auf öffentlichen Commons und nicht auf isolierten Dorfwinkeln. Dazu lieferte die bayrische CSU der Republik auch ein paar kantige Persönlichkeiten, denen man nicht gerade Duckmäsertum nachsagen konnte.

Nun kommen aus Bayern merkwürdig kleinmütige Signale. Der Transrapid festgefahren, Siemens im Sumpf, Stoiber gestolpert. Als wäre es der Fluch der bösen Tat, scheint Bayerns Politikverweigerung in Berlin nun auf seine innere Politikfähigkeit zurückzuschlagen. Die neuesten Steuervorschläge der CSU ändern daran nichts. Zwar ist es richtig, den ständigen Umverteilungsprogrammen der Großen Koalition das soziale Recht der Leistungsträger auf mehr Netto vom Brutto hochzuhalten. Aber es ist sehr defensiv. Denn auch die CSU sucht ihr Heil in Einkommenspolitik. Am Ende sitzt der Mittelständler mit Pendlerpauschale allein zu Haus. An Heimat

gewinnt er dadurch nicht, kein neues Gemeingut bietet Orientierung und Sicherheit. Der Steuerprotest wird ihn genauso wenig satt machen, wie es die ständigen sozialen Umverteilungen der Linken tun. So geht die neue CSU eigentlich recht unbayrisch vor und geht an den vorbildlichen Qualitäten des Freistaates vorbei.

Nachdem die CDU in Nordrhein-Westfalen sich als neue Sozialpartei zu profilieren sucht, zerren damit zwei große Landesverbände an der Gründungspartei der Bundesrepublik. Beide sind verteilungspolitisch fixiert, sie ziehen nur in entgegengesetzte Richtungen. Die einen wollen soziale Benachteiligungen ausgleichen, die anderen wollen Leistung und Fleiß belohnen. Eine der üblichen Scheindebatten ist damit vorprogrammiert. Über die Bestände des Staates, die weder privat aufzuteilen noch privat aufzubauen sind, wird gar nicht mehr gesprochen. Würden diese beiden Flügel das Spiel bestimmen, würde die Kanzlerin nur noch die Moderatorenrolle haben. Im Grunde ist es eine Frage der Mitte: Ist sie nur der Mittelweg zwischen sozialer Umverteilung und Steuererleichterung? Oder hat die Mitte eine eigene Substanz und eigene Bestände?

Diese Frage ist umso brisanter, als es um die Aufstellung der Volksparteien für das Wahljahr 2009 geht – eigene bedeutende Vorhaben der Großen Koalition stehen nicht mehr an. Hinzu kommt, dass mit Bayern und Nordrhein-Westfalen die beiden Verbände der Union im Blickpunkt stehen, die vor den Bundestagswahlen

noch Landtagswahlen haben. So wird hier die politische Landschaft schon vorgeprägt und vor den Bundestagswahl das Spielfeld abgesteckt werden.

Die Politik der Bundesrepublik ist immer von Länderkonstellationen mitbestimmt worden. Einige Bundesländer haben exemplarisch die Konturen der Republik geprägt, indem sie bestimmte Züge unseres Gemeinwesens profilierten und für die Bürger sichtbar machten. Nie hat es eine Zentralregion gegeben, die alles repräsentierte. Nie konnte ein Kanzler sich ausschließlich auf eine einzige regionale Hausmacht stützen. Ebenso wenig bestimmten alle Bundesländer gleich stark das Geschehen. Die Bundesrepublik ist eine Staatslandschaft mit einem wechselnden Profil und wechselnden regionalen Profilgebern. Wir sind es gewohnt, die politischen Phasen der Republik mit Personen - mit Adenauer, mit Brandt oder mit Kohl - zu bezeichnen und zu bebildern. Aber dort, wo ein Kanzler diese Republik nachhaltig geprägt hat, hat er es in einer bestimmten Länderkonstellation getan. So ist die Abfolge der Gesichter der Republik auch eine Abfolge von Landschaftsprofilen des Staatwesens.

Adenauer regierte von der Rheinschiene aus. Er hielt aber eine gewisse Distanz zum neu geschaffenen Großbundesland „Nordrhein-Westfalen“, das sich früh die Sonderrolle des „sozialen Gewissens der Bundesrepublik“ (Karl Arnold) annahm und dessen CDU dem linkslastigen Ahlener Programm nachhing. Adenauer pflegte die Beziehung zur bayrischen Schwesterpartei und zur norddeutsch-protestantischen CDU. Erhard, Kiesinger und auch Brandt erreichten eine solche Stabilisierung nicht. Helmut Schmidt und später Gerhard Schröder gelang sie ein Stückweit mit einer norddeutsch-nordrheinwestfälischen Allianz und einer Distanzierung vom deutschen Süden. Beim Ende ihrer Kanzlerschaft spielte das Land NRW eine entscheidende Rolle. Die Staatslandschaft der Kohl-Ära ähnelt der Adenauerschen

Spannweite, aber den Herausforderungen des vereinigten Deutschland war sie letztlich nicht gewachsen. So steht eine tragfähige Konstellation, die den größeren deutschen Verhältnissen Rechnung trägt, noch aus. Wenn der Wähler im Herbst 2005 davor zurückschreckte, CDU und FDP mit einer Kanzlerin Merkel die Mehrheit zu geben, lag das wohl auch daran, dass über die Person hinaus das „Landschaftsgefüge“ einer Regierung Merkel nicht sichtbar war - und damals nicht sichtbar sein konnte.

Darum aber geht es. Eine Landschaft bietet Heimat. Die Bürger brauchen mehr als einen abstrakten Begriff des Staatwesens. Sie brauchen ein Bild, ein Gesicht des Staates. Zahlen und Bürgerrechte, Debatten und Beschlussverfahren, selbst mit Bürgerbeteiligung, genügen nicht. Genügen nicht. Die Menschen brauchen greifbare Gemeingüter, die ihnen zeigen, wie es um das Land steht und was zu tun ist. Man darf bei solchen Gütern nicht an totale Kontrolle und Sozialismus denken. Moderne Commons sind nie flächendeckend und einheitlich. In einem föderalen System können die Qualitäten einzelner Länder stellvertretend für das Ganze der Nation eintreten und patriotischen Charakter bekommen. Im kollektiven Unterbewusstsein der alten Bundesrepublik ist die Zivilität der Rheinschiene ebenso eine feste Größe wie das staatsfeste, sinnliche Bayern und die zurückhaltende Bürgerlichkeit der Küstländer und Hansestädte.

Das politische Landschaftsgefüge der größeren Bundesrepublik kennen wir noch nicht. Früher oder später wird sich ein solches Gefüge bilden müssen, wenn sich einmal wieder eine Kraft zum Durchgreifen bilden soll. Insofern ist in den kommenden Wahlkämpfen mehr im Spiel als kurzfristige Wählermobilisierung mit Reizthemen. Es geht um ein nachhaltiges politisches Landschaftsgefüge, das der „Berliner Republik“ Spannweite und Stabilität gibt. Gerade hier werden prinzipielle Unterschiede zwischen SPD und CDU/CSU deutlich. Die Beck-SPD scheint weiter ihrem Schema zu folgen, „mittlere“ Bundesländer (Hessen, Rheinland-Pfalz) mit

einem größeren Lager transferorientierter Bundesländer zu kombinieren und gegen die reichen Bundesländer in Anschlag zu bringen. Das ist für eine Partei, die vor allem verteilungspolitisch denkt, logisch.

**D**ie CDU/CSU ist eigentlich aus einem anderen Holz geschnitzt. Sie hat immer dann nachhaltig regiert, wenn sie nicht nur Geld verteilte, sondern Identitätsangebote machte. Sowohl Adenauer als auch Kohl hegten ihre norddeutschen und süddeutschen Allianzen und achteten darauf, dass das „Sozialland“ NRW nicht zu anmaßend wurde. Dieser Grundansatz ist durch die europäische Schwerpunktverschiebung nach Osten nicht überholt. Sie macht sogar noch mehr Sinn. Was von Bonn aus gelang, geht auch von Berlin aus. Allerdings scheint diese größere politische Landschaftspflege als Markenzeichen der Union den Akteure nicht mehr ganz klar zu sein. Die NRW-CDU profiliert sich, als wolle sie das Land für einen Sozialföderalismus à la Beck fit machen. Die CSU wiederum scheint Bayern so positionieren zu wollen, als sei es schon Südopposition ge-

gen eine „sozialistische“ Bundeskonstellation. Schon die vergangenen Wahlkämpfe haben gezeigt, wie sehr es der Union schadet, wenn Bayern als deutsches Identitätsangebot ausfällt und nur noch Verteilungspolitik auf eigene Rechnung macht. Die CDU/CSU verliert so ihre Identität und wird in einem Verteilungsstreit zwischen Sozialausgaben und Steuern aufrieben. Auch für die Kanzlerin wird es dann gefährlich. Gewiss hat die CDU heute in der Kanzlerin ein Trumpf. Sie kann mit einigem Recht darauf setzen, dass es die Persönlichkeit Angela Merkels ist, die mit ihrer Übersicht, ihrer Dirigentenkunst, ihrem schlichten und ausdauernden Arbeitskraft unserem Staatswesen ein Gesicht für die Bürger verleiht. Dieser Vorteil erscheint noch größer, wenn man auf die Personalie der Konkurrenz schaut. Aber dieser Trumpf könnte in der bindungslosen deutschen Wählerschaft doch zu wenig sein. Die CDU/CSU darf jetzt nicht nur auf das gute Personenbild der Kanzlerin setzen. Sie muss das politische Landschaftsgefüge für eine nachhaltige Bürgermehrheit im Auge haben.

*(Manuskript vom 6.5.2008, erschienen als Essay in der Tageszeitung „Die Welt“ am 10.6.2008 unter der Überschrift „Die Landschaft unseres Staatswesens“)*